



# Bedeutung gesunken

**Wohngeld.** In Deutschland ist das Wohngeld seit der Einführung von Hartz IV nur noch eine Randerscheinung. Es wäre deshalb sinnvoll, diese Leistung langfristig in das Arbeitslosengeld II zu integrieren.

In Deutschland finanziert der Staat einkommensschwachen Haushalten die Wohnung auf zwei Wegen:

- **Wohngeld.** Diese von Bund und Ländern finanzierte Sozialleistung können Menschen beantragen, die keine weiteren Transferleistungen wie Hartz IV beziehen und nur ein geringes Einkommen haben.

Wie viel Wohngeld es gibt, richtet sich nach dem Verdienst, der Zahl der Haushaltsmitglieder und dem ortsüblichen Mietpreinsniveau. So hat ein Alleinstehender in Berlin nur dann einen Wohngeldanspruch, wenn sein Bruttoerwerbseinkommen weniger als 1.250 Euro im Monat beträgt. In München dagegen be-

steht auch bei 1.300 Euro brutto noch ein Anspruch.

Gefördert werden sowohl Mieter als auch Eigenheimbesitzer. Dabei gibt es Obergrenzen für das Wohngeld. In Berlin liegt diese Grenze für einen Alleinstehenden bei 358 Euro Kaltmiete, in München bei 407 Euro.

Ein Alleinstehender in Berlin kommt so bei einem Einkommen von bis zu 300 Euro und einer Bruttokaltmiete – Miete ohne Heizung plus Nebenkosten wie etwa Müllabfuhr – von 350 Euro auf maximal 298 Euro Wohngeld (Grafik Seite 2).

- **Arbeitslosengeld II.** Diese Sozialleistung splittet sich in zwei Teile: Zum einen in den Regelsatz und zum anderen in die von den Gemeinden finanzierten Kosten für die Unterkunft. Das ist quasi das Wohngeld für Hartz-IV-Empfänger.

Die Kosten der Unterkunft beinhalten neben der Miete alle Nebenkosten wie Heizung und Grundsteuer. Nur den Strom müssen die Haushalte aus ihrem Regelsatz bezahlen. Ein Berliner Ehepaar mit zwei Kindern bekommt so neben dem →

## Wohngeld: Nur noch eine Randerscheinung

So viel Prozent aller Privathaushalte bekommen Wohngeld

■ 2004 ■ 2011

Mecklenburg-Vorpommern	17,1	5,1	Deutschland	9,0	2,2
Sachsen	12,8	3,8	Rheinland-Pfalz	5,8	2,1
Thüringen	10,1	3,8	Berlin	14,6	1,8
Sachsen-Anhalt	12,4	3,3	Baden-Württemberg	5,6	1,7
Brandenburg	11,8	2,9	Hamburg	11,1	1,7
Schleswig-Holstein	12,3	2,9	Saarland	7,4	1,7
Niedersachsen	9,7	2,5	Hessen	5,8	1,5
Nordrhein-Westfalen	9,9	2,3	Bayern	5,4	1,3
Bremen	14,5	2,2			

Stand: jeweils 31.12.; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwd 33

## Inhalt

**Ausländische Berufsabschlüsse.** Nur 8 Prozent der deutschen Unternehmen beschäftigen Fachkräfte mit ausländischem Abschluss. Dabei sind die Erfahrungen überwiegend positiv.  
Seite 3

**Wahlprogramme Steuerpolitik.** Höhere Renten für Mütter über Mindestlohn bis hin zu besserer Pflege – die großen Parteien kündigen viele Wohltaten an. Aber zu welchem Preis?  
Seite 4-5

**Wahlprogramme Finanzmarktpolitik.** Die Neuordnung der Finanzmärkte geht den großen deutschen Parteien nicht weit genug. Sie wollen die Märkte noch stärker in die Pflicht nehmen.  
Seite 6-7

**Personalplanung.** Sie bleibt im Unternehmensalltag oft auf der Strecke, dabei könnten durch eine strategische Personalplanung schnell Erfolge erzielt werden.  
Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

**Präsident:**  
Arndt Günter Kirchoff  
**Direktor:**  
Professor Dr. Michael Hüther  
**Mitglieder:**  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

## Wer hat welchen Anspruch auf Wohngeld

Monatliches Wohngeld in Euro

■ Bruttoerwerbseinkommen in Euro

	Alleinstehend	Alleinerziehend, 1 Kind	Verheiratet, 2 Kinder
–	298	366	535
100	298	366	535
200	298	366	535
300	298	366	535
400	262	366	535
500	251	358	534
600	216	329	509
700	180	299	483
800	142	268	457
900	103	237	431
1.000	113	204	404
1.100	78	216	377
1.200	42	188	349
1.300	–	158	322
1.400	–	128	294
1.500	–	97	265
1.600	–	65	237
1.700	–	33	208
1.800	–	–	179
1.900	–	–	219
2.000	–	–	193
2.100	–	–	168
2.200	–	–	142
2.300	–	–	115
2.400	–	–	89
2.500	–	–	62
2.600	–	–	35

Stand: 2013; Angaben für Berlin bei folgenden Mieten: 1 Person 350 Euro, 2 Personen 415 Euro, 4 Personen 585 Euro  
Quelle: IW-Berechnungen

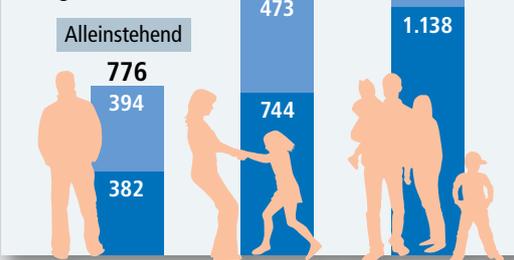
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 33

## ALG II: Nicht nur der Regelsatz

Das Arbeitslosengeld II setzt sich zusammen aus dem bundesweit einheitlichen Regelsatz und den Kosten für Miete, Heizung und Nebenkosten. Die als angemessen geltenden Unterkunftskosten sind regional unterschiedlich. Während ein Alleinstehender in Berlin für Unterkunft, Heizung und Nebenkosten 394 Euro ausgeben darf, liegt die Obergrenze allein für die Miete in München bei 449 Euro. Dazu kommen dort noch Neben- und Heizkosten.

Arbeitslosengeld II, davon:  
■ Kosten der Unterkunft  
■ Regelsatz



Stand: 2013; Kinder jeweils unter 6 Jahre; Kosten der Unterkunft in Berlin für Gebäude mit einer Gesamtfläche von 251 bis 500 m<sup>2</sup> und Ölheizung; Quelle: IW-Zusammenstellung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 33

→ Geld für den Lebensunterhalt weitere 665 Euro pro Monat fürs Wohnen überwiesen (Grafik oben).

Die Bedeutung des Wohngelds ist seit 2005 und der Einführung des Arbeitslosengelds II stark gesunken:

**Die Zahl der Wohngeldhaushalte lag 2004 noch bei 3,5 Millionen – heute sind es nur 900.000 Haushalte.**

Der Anteil der Wohngeldbezieher ist in Mecklenburg-Vorpommern am größten, am geringsten in Bayern (Grafik Seite 1).

Dass Hartz IV das Wohngeld als Mietzuschuss abgelöst hat, überrascht nicht. Denn es gibt im Prinzip nur noch zwei Gruppen, für die es attraktiver ist als das ALG II:

1. Personen, die keinen Anspruch auf Transferleistungen haben oder diesen nicht geltend machen; und

2. Familien mit Kindern, die zusätzlich Anspruch auf einen Kinderzuschlag haben und zusammen mit Lohn, Kindergeld und Wohngeld ihr Einkommen über das Hartz-IV-Niveau steigern können.

Selbst Erwerbstätige ohne Kinder stellen sich in der Regel besser, wenn sie ergänzendes ALG II statt Lohn und Wohngeld beziehen. So hat ein Alleinstehender mit 1.000 Euro Bruttolohn Anspruch auf 272 Euro ergänzendes ALG II, aber nur auf 113 Euro Wohngeld.

Insofern wäre es an der Zeit, das Wohngeld zu reformieren und diese Sozialleistung und die Kosten der Unterkunft besser aufeinander abzustimmen. Allerdings müssten sich dann Bund, Länder und Gemeinden darüber verständigen, wer in diesem

Fall die Kosten trägt. Immerhin wenden Bund und Länder für das Wohngeld derzeit jedes Jahr nahezu 1,5 Milliarden Euro auf.

## Neues IW-Konjunkturmodell

Um die Entwicklung der Konjunktur in Deutschland noch besser abbilden zu können, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ein neues Modell entwickelt. Es dient insbesondere dazu, konjunkturelle Schwankungen unter die Lupe zu nehmen und herauszufinden, wie lange es dauert, bis eine Volkswirtschaft nach einem oder mehreren Schocks in ihren Gleichgewichtszustand zurückfindet. Experten sprechen daher von einem DSGE-Modell – die Abkürzung steht für Dynamic Stochastic General Equilibrium. Mithilfe des IW-Modells lässt sich zum Beispiel die Entwicklung der deutschen Wirtschaft rund um die Rezession von 2009 gut nach-

zeichnen. Demnach basierte der Konjunkturreinbruch sowohl auf der geringeren Auslandsnachfrage als auch auf dem Rückgang der Produktivität.

Mit einigen Erweiterungen kann das Modell künftig auch dazu dienen, die Wirkung von Konjunkturprogrammen oder von Steueränderungen zu analysieren.

aus IW-Trends 3/2013

Daniel Bendel, Markus Demary, Manfred Jäger-Ambrozewicz: Konjunkturanalyse mit einem Gleichgewichtsmodell für die deutsche Wirtschaft [www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)

# Was die Firma nicht kennt ...

**Ausländische Berufsabschlüsse.** Die deutsche Wirtschaft zögert noch, Mitarbeiter einzustellen, die ihren Berufsabschluss im Ausland gemacht haben. Nicht einmal 10 Prozent der Unternehmen beschäftigen derzeit solche Fachkräfte. Dabei sind die Erfahrungen überwiegend positiv.

Mehr als drei Viertel aller Unternehmen in der Bundesrepublik haben Probleme, offene Stellen mit qualifizierten Fachkräften zu besetzen. Trotzdem stellen bisher gerade einmal 8 Prozent zum Beispiel einen der knapp drei Millionen Migranten ein, die in Deutschland leben und ihren Abschluss im Ausland gemacht haben. Besonders in kleinen Unternehmen sind Mitarbeiter mit ausländischen Abschlüssen kaum zu finden. Nur 7 Prozent der Firmen mit weniger als 50 Mitarbeitern beschäftigen solche Fachkräfte. Große Unternehmen sind hier schon weiter: Mehr als die Hälfte aller Betriebe mit mehr als 250 Mitarbeitern hat Fachkräfte mit ausländischem Abschluss in ihrer Belegschaft.

Je nach Größe sind die Unternehmen allerdings an unterschiedlichen

## Wo Fachkräfte mit ausländischem Abschluss arbeiten

Knapp jedes zehnte Unternehmen in Deutschland beschäftigt Fachkräfte mit ausländischem Berufsabschluss. So viel Prozent dieser Unternehmen haben Mitarbeiter mit diesem Abschluss

Unternehmen mit ...	Berufsausbildung	Fortbildungsabschluss	Hochschulstudium
... weniger als 50 Mitarbeitern	70	40	67
... 50 bis 249 Mitarbeitern	74	39	68
... mehr als 249 Mitarbeitern	61	45	88

Befragung von über 700 Unternehmen im Rahmen des BMWi-Qualifizierungsmonitors, 2. GIB-Welle 2012; Fortbildungsabschluss: Fortbildung mit Abschlussprüfung beispielsweise zum Industriemeister, Techniker oder Betriebswirt; Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw33

Qualifikationen interessiert (Grafik). In kleinen Firmen ist eher die klassische Berufsausbildung gefragt, in großen oft ein Studienabschluss. Weitgehend einig sind sich die Betriebe über die Qualität dieser Fachkräfte:

**Unternehmen, die bereits Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen beschäftigen, haben überwiegend positive Erfahrungen gemacht.**

Drei von vier Unternehmen bescheinigen ihren Mitarbeitern mit ausländischen Berufsabschlüssen ein genauso hohes Leistungspotenzial wie ihren Fachkräften mit deutschen Abschlüssen. Doch was hält so viele Unternehmen davon ab, Fachkräfte aus dem Ausland zu beschäftigen?

**Der Großteil der befragten Unternehmen wünscht sich mehr geförderte Sprachangebote für ausländische Fachkräfte, weniger Bürokratie sowie mehr Informationen zu ausländischen Berufsabschlüssen.**

Eine von drei Firmen kann sich vorstellen, in Zukunft Fachkräfte mit einer ausländischen Berufsausbildung zu beschäftigen. Bei Fachkräften mit einem Auslandsstudium trifft dies immerhin auf eines von vier Unternehmen zu.

Weitere Details gibt es nun auch gezielt für Unternehmen im BQ-Portal – dem Informationsportal für ausländische Berufsqualifikationen – unter: [www.bq-portal.de](http://www.bq-portal.de)



## Mit Krawattengürteln zu Bronze

Trendige Gürtel aus alten Krawatten machen? Ja, das geht! Mit dieser Idee schaffte es die Schülerfirma KraGü aus München-Nymphenburg bei der

„Young Enterprise European Company of the Year Competition 2013“ in London auf Platz 3. Die hochwertigen Fashionartikel werden über den eigenen Onlineshop und in verschiedenen Boutiquen in München vertrieben. Die Elftklässler hatten sich beim deutschlandweiten Entscheid in Mainz durchgesetzt und waren als „Beste Schülerfirma Deutschlands 2013“ nach London gereist. Den ersten Platz sicherte sich die Schülerfirma „Three little Pigs“ – drei kleine Schweinchen

– aus Estland mit einer Show für Kinder, um diese für Naturwissenschaften zu begeistern. Silber ging an „Sun O'clock“ aus Spanien. Die Schülerfirma hat ein Armband entwickelt, das die Sonnenstrahlung misst und anzeigt, welchen Lichtschutzfaktor die Sonnencreme haben sollte, die man benutzt. Insgesamt nahmen 36 Teams aus ganz Europa am Wettbewerb teil, der jedes Jahr von Junior Achievement Young Enterprise Europe durchgeführt wird. In Deutschland bietet die IW JUNIOR gemeinnützige GmbH Schulen die Möglichkeit, an verschiedenen Schülerfirmenprogrammen teilzunehmen.

Weitere Informationen gibt es unter [www.juniorprojekt.de](http://www.juniorprojekt.de)

# Steuererhöhungen sind kurzfristig

**Wahlprogramme Steuerpolitik.** Wie immer in Bundestagswahlkämpfen werben die Parteien mit allerlei Versprechungen um die Gunst der Wähler. Doch auch Wahlgeschenke müssen bezahlt werden. Nach den Vorstellungen der Oppositionsparteien sollen deshalb Bezieher höherer Einkommen und Vermögensbesitzer mehr Steuern zahlen.

Von höheren Renten für Mütter über Mindestlöhne bis hin zu einer besseren Pflege – die fünf großen Parteien kündigen in ihren Wahlprogrammen zahlreiche Wohltaten an. So wollen alle kräftig in Bildung und Infrastruktur investieren. Das klingt erst mal gut – allerdings muss man genau hinschauen, wie die Parteien ihre Ziele erreichen wollen.

Union und FDP haben relativ wenige Änderungen aufs Tapet gebracht. Sie versprechen unter anderem höhere Kinderfreibeträge; die Union möchte auch das Kindergeld erhöhen. Damit entlasten die Regierungsparteien Alleinerziehende und Familien mit Kindern.

## Opposition will Steuern erhöhen

SPD, Grüne und Linke kündigen dagegen massive Steuererhöhungen an, wollen aber auch mehr Geld ausgeben – vor allem für Soziales.

**Einkommenssteuer.** Bei allen Oppositionsparteien müssen vor allem Gutverdiener mehr zahlen, denn der Spitzensteuersatz soll steigen (Tableau). Bei Grünen und Linken trifft es zudem Alleinverdiener und Bezieher von Kapitaleinkünften. Wer meint, dass so die vermeintliche Ungleichheit abnimmt, denkt zu kurz. Eine Änderung der Steuersätze führt nicht nur zu mehr oder weniger Einkommen, sondern ändert auch das Verhalten der Steuerzahler:

**Wer weniger Steuern zahlen muss, ist eher bereit, mehr zu arbeiten oder zu investieren, da am Ende des Monats mehr übrig bleibt. Wer mehr Steuern zahlen muss, tendiert eher dazu, genau das Gegenteil zu tun.**

## Grüne und Linke fordern Vermögensabgabe

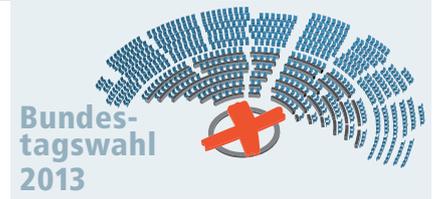
**Vermögensabgabe und -steuer.** Die Grünen und die Linkspartei wollen eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild der Lastenausgleichsabgabe nach dem Zweiten Weltkrieg erheben. Diese darf nur einmalig zur Finanzierung einer außerordentlichen Belastung erhoben werden – aktuell zum Beispiel die Schulden durch die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Zusätzlich wollen Grüne und Linke eine Vermögenssteuer einführen.

**Die Linkspartei will mit einem Vermögenssteuersatz von 5 Prozent gut 80 Milliarden Euro einnehmen.**

Bei den aktuellen Umlaufrenditen am Kapitalmarkt von rund 2 Prozent ist damit für die Anleger eine Kapitalvernichtung programmiert.

Die SPD will lediglich eine Vermögenssteuer. Mit einem Steuersatz von 1 Prozent ist sie vergleichsweise zurückhaltend. Aber auch hier ergeben sich erhebliche Mehrbelastungen. Wenn bei einem Ertrag von 2 Prozent schon die Hälfte für die Vermögenssteuer draufgeht und zusätzlich Ertragssteuern anfallen, bleibt netto nicht viel übrig.



Auch für Unternehmen, die nach den Vorstellungen der SPD voll vermögenssteuerpflichtig sein sollen, würde die Steuer eine große Belastung darstellen. Denn sie müssen die Steuer aus ihren Erträgen bezahlen, wenn sie nicht die Substanz angreifen soll.

Bei solch drastischen Steuererhöhungen sind Ausweichreaktionen der Steuerpflichtigen zu erwarten – wie zum Beispiel Kapital im Ausland anzulegen –, und das mindert das Aufkommen. Schätzungen zufolge dürften nach den Vermögenssteuerplänen der SPD von dem erhofften Bruttoaufkommen von 16,5 Milliarden Euro 4,9 Milliarden Euro durch Ausweichreaktionen wieder verloren gehen. Es bliebe also ein Nettoaufkommen von 11,6 Milliarden Euro.

## IW Köln rechnet mit stärkeren Ausweichreaktionen

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hält diese 4,9 Milliarden Euro allerdings für zu optimistisch. Ein so geringer Betrag kommt nur zustande, wenn man voraussetzt, dass die Ausweichreaktionen heute nicht mehr so umfangreich sind. Geht man aber davon aus, dass diese genauso stark wie früher ausfallen, gehen sogar fast 12 Milliarden Euro oder 70 Prozent des Bruttoaufkommens verloren. Dann würde sich die Vermögenssteuer für den Fiskus kaum lohnen – aber den Wirtschaftsstandort Deutschland empfindlich schwächen.

Weitere Informationen:  
[www.iwkoeln.de/vermoegenssteuer](http://www.iwkoeln.de/vermoegenssteuer)

## Einkommenssteuerpläne: Rauf und runter

					
Spitzensteuersatz	• 45 Prozent ab 250.000 Euro (bisher ab 250.731 Euro)	• 45 Prozent ab 250.000 Euro	• 49 Prozent ab 100.000 Euro	• 49 Prozent ab 80.000 Euro	• 75 Prozent ab 1.000.000 Euro
Tarif	• Abbau der kalten Progression	• Abbau der kalten Progression	• Neue Progressionszone ab 64.000 Euro	• Höherer Grundfreibetrag, Verlängerung der Progressionszonen	• Glättung des Tarifs bis 53 Prozent
Besteuerung von Familien	• Kindergelderhöhung und höhere -freibeträge	• Höhere Kinderfreibeträge	• Kinderfreibetrag faktisch abgeschafft	• Kindergelderhöhung	• Keine Angabe
Besteuerung von Eheleuten	• Ehegattensplitting	• Ehegattensplitting	• Realsplitting für zukünftige Ehen	• Grundfreibetrag zwischen Eheleuten übertragbar und Splitting bis maximal 1.500 Euro	• Individualbesteuerung
Besteuerung von Kapitalerträgen	• 25 Prozent Abgeltungssteuer (Status quo)	• 25 Prozent Abgeltungssteuer	• 32 Prozent Abgeltungssteuer	• Abschaffung der Abgeltungssteuer	• Abschaffung der Abgeltungssteuer
Belastung (+) / Entlastung (-) für die Bürger	- 9,8 Milliarden Euro	- 5,5 Milliarden Euro	+ 9,4 Milliarden Euro	+ 13,5 Milliarden Euro	+ 30,6 Milliarden Euro

Belastung (+)/Entlastung (-): IW-Simulationsrechnung mit den Mikrodaten der Einkommenssteuerstatistik  
 Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 33

## Vermögenssteuer und Vermögensabgabe: Massive Mehrbelastungen

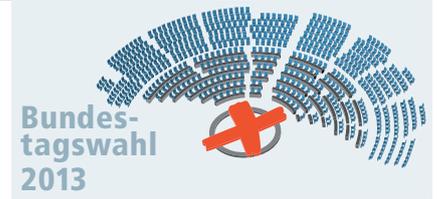
			
Art der Abgabe	• Vermögenssteuer	• Zunächst Vermögensabgabe, danach Vermögenssteuer	• Vermögensabgabe und Vermögenssteuer
Steuerpflichtige	• Natürliche und juristische Personen, das heißt alle Haushalte und alle Unternehmen	• Vermögensabgabe: nur natürliche Personen, das heißt, Kapitalgesellschaften werden ausgenommen	• Natürliche und juristische Personen, das heißt alle Haushalte und alle Unternehmen
Steuerpflichtiges Vermögen	• Inländer: grundsätzlich weltweites Vermögen • Ausländer: in Deutschland eingetragenes Vermögen	• Inländer: grundsätzlich weltweites Vermögen • Ausländer: in Deutschland eingetragenes Vermögen	• Nicht spezifiziert
Steuersatz Vermögen	• 1 Prozent jährlich	• Einmalige Vermögensabgabe: 15 Prozent, zu entrichten über 10 Jahre, das heißt jährlich 1,5 Prozent • Vermögenssteuer: unbekannt	• Einmalige Vermögensabgabe: progressiver Tarif mit Sätzen von 10, 20 und 30 Prozent • Vermögenssteuer: 5 Prozent
Freibeträge/ Freigrenze	• Natürliche Personen: Freibetrag 2 Millionen Euro je Steuerpflichtigen mit Abschmelzung auf 500.000 Euro • Juristische Personen: Freigrenze 200.000 Euro	• Allgemeiner Freibetrag 1 Million Euro je Steuerpflichtigen	• Vermögensabgabe: persönlicher Freibetrag 1 Million Euro, Betriebsvermögen 2 Millionen Euro • Vermögenssteuer: allgemeiner Freibetrag 1 Million Euro, Betriebsvermögen von Personenunternehmen 5 Millionen Euro
Erwartetes Aufkommen	• 5,0 bis 11,6 Milliarden Euro pro Jahr	• Insgesamt 100 Milliarden Euro durch die Vermögensabgabe • Vermögenssteuer: unbekannt	• Vermögensabgabe: mindestens 300 Milliarden Euro • Vermögenssteuer: 80 Milliarden Euro pro Jahr

Erwartetes Aufkommen: IW-Schätzung  
 Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 33

# Besteuern, regulieren, verbieten



**Wahlprogramme Finanzmarktpolitik.** Zwar haben die amtierende Bundesregierung und die EU-Kommission bereits einiges getan, um die Finanzmärkte neu zu ordnen, den großen Parteien in Deutschland geht das aber nicht weit genug. Nach der Bundestagswahl wollen sie die Finanzmärkte noch stärker an die Kandare nehmen – die einen mehr, die anderen noch mehr.

Nahezu einig sind sich die Wahlkämpfer bei der Finanztransaktionssteuer (Tableau). Außer der FDP wollen alle eine Abgabe auf den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten erheben. Die Union und die Sozialdemokraten befürworten die Steuer, sofern sie auch in anderen EU-Ländern eingeführt wird.

Darüber, wie das künftige europäische Bankensystem gestaltet sein soll, gehen die Meinungen weiter auseinander. Am radikalsten gibt sich die Linke. Sie fordert, dass die Europäische Zentralbank (EZB) direkt Kredite an einzelne Staaten vergeben kann – obwohl dies Inflationsgefahren birgt und das Mandat der EZB keine Staatsfinanzierung erlaubt. Als Bankenaufseherin soll die EZB aber nicht agieren. Gysi & Co. lassen allerdings offen, wer diese Rolle übernehmen soll.

## EZB soll Banken maßregeln

Bündnis 90/Die Grünen und die FDP plädieren dagegen für eine starke Aufsicht durch die EZB – sie soll im Krisenfall in die Geschäfte aller Banken eingreifen dürfen. Die Grünen fordern außerdem einen europäischen Mechanismus, um marode Banken abzuwickeln, sowie eine einheitliche Absicherung der Spareinlagen. Dies geht der Union und der FDP zu weit – sie lehnen den Zugriff anderer Länder auf die nationalen Bankenabwicklungs- und

Einlagensicherungsfonds ab, damit Euroländer mit solidem Bankensystem nicht für ausländische marode Kreditinstitute geradestehen müssen.

## Grüne legen die Eigenkapital-Latte hoch

Unterschiedliche Ansichten gibt es auch in der Frage, wie die Banken künftigen Schieflagen vorbeugen sollen. Die amtierende Bundesregierung steht hinter der Eigenkapitalrichtlinie der EU, nach der die Banken mehr Eigenkapital vorhalten müssen, um Verluste aufzufangen. Die Richtlinie bleibt allerdings zum Teil recht unverbindlich (vgl. iwD 16/2013). Die Grünen wollen daher schon kurzfristig eine Mindesteigenkapitalquote von 3 Prozent der Bilanzsumme durchsetzen – langfristig soll die Latte noch deutlich höher liegen. Das Problem: Je strikter die Eigenkapitalvorgaben sind, desto wahrscheinlicher werden Engpässe bei der Kreditvergabe – mit negativen Folgen für die Wirtschaft.

Ebenso kontrovers sind die Positionen beim Thema Bankensystem. Die Universalbanken, die das klassische Kundengeschäft mit dem Investmentbanking verbinden, sollen nach den Plänen der CDU weitgehend erhalten bleiben. Dies würde der Union zufolge den Wünschen vieler Firmen entsprechen, umfangreiche Finanzierungsdienste weiterhin aus einer Hand zu erhalten.

SPD und Grüne fordern dagegen eine strikte Trennung beider Sphären, um die Kundeneinlagen vor den Risiken des Investmentgeschäfts abzusichern. Auf kostensparende Effekte des Universalbankensystems müsste die deutsche Wirtschaft dann aber verzichten.

## Banken: universal oder getrennt?

Die Linke will das Investmentbanking gleich ganz abwickeln. Stattdessen sollten sich die Banken darauf konzentrieren, niedrige Dispo-Zinsen zu bieten. Wie das funktionieren soll, bleibt jedoch offen.

Darüber hinaus möchte die Linke Hedgefonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften auflösen – ohne allerdings zu sagen, wie beispielsweise Existenzgründer künftig an Kapital kommen sollen. Die anderen Parteien wollen die Schattenbanken lediglich in gleichem Maße regulieren wie normale Banken.

## Linke und SPD wollen europäische Ratingagentur

Einen Schulterschluss zwischen Sozialdemokraten, Grünen und Linken gibt es beim Thema Ratingagenturen – die Parteien favorisieren eine eigene europäische Institution. Die Grünen fordern zudem, dass Ratingagenturen für Fehlbewertungen stärker haften müssen. Vor allem aber sollen nicht mehr die Schuldner – zum Beispiel Emittenten von Wertpapieren – für das Rating bezahlen, sondern die Gläubiger. Dadurch wollen die Grünen vermeiden, dass die Ratingagenturen ihre Kunden zugleich bewerten und beraten.

## Finanzmarktpolitik: Mehr Regulierung ist angesagt

					
Finanztransaktionssteuer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung zusammen mit weiteren EU-Ländern</li> <li>• Auch weltweit</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung zusammen mit weiteren EU-Ländern</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Differenzierte Steuersätze für verschiedene Geschäfte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung mit Steuersatz von 0,1 Prozent</li> </ul>
Europäische Bankenunion	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bankenaufsicht bei EZB für große Banken ohne Durchgriff auf kleinere Banken</li> <li>• Gemeinsame Abwicklungsregeln, aber getrennte Abwicklungsfinanzierung</li> <li>• Keine gemeinsame Einlagensicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchgriffsrechte der europäischen Bankenaufsicht auf alle Banken</li> <li>• Trennung zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht bei der EZB</li> <li>• Kein Zugriff auf nationale Restrukturierungs- und Einlagensicherungsfonds</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchgriffsrechte der europäischen Bankenaufsicht auf alle Banken</li> <li>• Trennung zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht bei der EZB</li> <li>• Gemeinsamer Abwicklungsmechanismus</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchgriffsrechte der europäischen Bankenaufsicht auf alle Banken</li> <li>• Vereinheitlichung der nationalen Aufsichtsstandards</li> <li>• Gemeinsamer Abwicklungsmechanismus</li> <li>• Gemeinsamer Rahmen für Einlagensicherung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Keine Übertragung der Bankenaufsicht auf die EZB</li> </ul>
Eigenkapitalanforderungen für Banken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berücksichtigung der Belange des Mittelstands bei der Umsetzung der Eigenkapitalanforderungen</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Systemrelevante Banken sollen mehr Eigenkapital vorhalten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schuldengrenze in Form einer Mindesteigenkapitalquote von zunächst 3 Prozent der Bilanzsumme – langfristig 10 Prozent und mehr</li> <li>• Mit der Größe der Bank steigende Eigenkapitalanforderungen</li> <li>• Automatische Umwandlung von Bankanleihen in haftendes Eigenkapital, wenn Bank in Schieflage gerät</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausschließlich Eigentümer und Gläubiger sollen für Verluste haften</li> <li>• Sparguthaben bis 100.000 Euro bei Abwicklung sind zu sichern</li> </ul>
Eigenhandel der Banken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abtrennung gewisser Geschäfte vom Kundengeschäft</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Trennung von Kundengeschäft und Eigenhandel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Klare Trennung von Kundengeschäft und Eigenhandel</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Abwicklung des Investmentbankings</li> </ul>
Schattenbanken	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regulierung wie bei Banken</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Regulierung wie bei Banken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische und langfristig internationale Regeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Auflösung von Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften</li> </ul>
Hochfrequenzhandel			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mindesthaltedauer von Wertpapieren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mindesthaltedauer von Wertpapieren</li> </ul>	
Managervergütung		<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkerer Einfluss der Hauptversammlung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langfristorientierung</li> <li>• Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Langfristorientierung</li> <li>• Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni</li> </ul>	
Ratingagenturen			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Europäische Ratingagentur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Mehr Haftung und Transparenz</li> <li>• Bezahlung von Ratings durch Gläubiger statt Schuldner</li> <li>• Unabhängige europäische Ratingagentur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gründung einer europäischen Ratingagentur</li> <li>• Ratings dürfen nicht Gegenstand verbindlicher EU-Regeln sein</li> </ul>
Sonstiges			<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bekämpfung von Offshore-Finanzplätzen</li> <li>• Derivatehandel nur auf transparenten und geregelten Handelsplattformen</li> <li>• Mögliches Verbot bestimmter Finanzprodukte</li> <li>• Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln</li> <li>• Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Begrenzung der Dispo-Zinsen</li> <li>• Einführung einer Genehmigungspflicht für Finanzprodukte</li> <li>• Verbot von Spekulation mit Nahrungsmitteln</li> </ul>

Hochfrequenzhandel: durch Computerprogramme gesteuerter Wertpapierhandel mit besonders kurzen Reaktionszeiten und meist hohen Umsätzen

Schattenbanken: Finanzinstitute, die ähnliche Geschäfte wie Banken tätigen, aber nicht wie Banken reguliert werden, zum Beispiel Hedgefonds oder Kapitalbeteiligungsgesellschaften

Eigenhandel: Handel mit Finanzinstrumenten wie Wertpapieren oder Devisen, der im eigenen Namen und für eigene Rechnung der Kreditinstitute erfolgt und nicht unmittelbar durch Kundenaufträge ausgelöst wird; Ursprungsdaten: Wahlprogramme der Parteien

# Eine Frage der Strategie

**Personalplanung.** Zwar haben die meisten Unternehmen erkannt, wie wichtig eine strategische Personalplanung ist. Allerdings bleibt deren Umsetzung im Alltag häufig auf der Strecke. Dabei könnten durchaus schnell Erfolge erzielt werden.

Die beste Unternehmensstrategie nützt nun einmal nichts, wenn geeignetes Personal fehlt. Deshalb muss jede Unternehmensstrategie von einer strategischen Personalplanung flankiert werden. Diese identifiziert Personalbedarfe und versucht, eventuellen Fachkräftelücken mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen.

Eine Umfrage der Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers und der Universität St. Gallen zeigt, dass die strategische Personalplanung für zwei Drittel der Firmen im deutschsprachigen Raum zu ihren drei wichtigsten Themen gehört.

Dennoch setzt nur ein Viertel der befragten Unternehmen eine solche

Personalplanung auch um. Zwei Drittel der Befragten geben an, ihnen fehle dazu einfach die geeignete Datengrundlage.

Um zukünftige Personalbedarfe abschätzen zu können, wird zunächst die aktuelle Situation analysiert: Welche Kompetenzen und Potenziale sind vorhanden? Wie ist die Altersstruktur der Mitarbeiter? Im Anschluss erfolgt ein Blick in die Zukunft. Welche Fachkräfte werden wann und wo benötigt? Gibt es im Unternehmen bereits geeignete Mitarbeiter mit passenden Qualifikationen, um diese Lücken zu schließen?

Dabei sind nicht nur interne Informationen relevant. Auch die Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes ebenso wie die demografische Struktur der Bevölkerung bestimmen maßgeblich, ob in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

Die Erfahrungen der befragten Unternehmen zeigen, dass sich der Aufwand lohnt (Grafik):

## Erfolge mit strategischer Personalplanung

So viel Prozent der Unternehmen, die Maßnahmen der strategischen Personalarbeit durchgeführt haben, erzielten in den folgenden Bereichen bessere Ergebnisse



Befragung von 113 Unternehmen in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Jahr 2012;  
Quellen: PricewaterhouseCoopers, Universität St. Gallen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 33

**Die strategische Personalplanung hilft den Betrieben, Angebot und Nachfrage von Fachkräften besser abzuschätzen.**

Im besten Fall können mithilfe einer strategischen Personalplanung Fachkräftengaps reduziert oder sogar vermieden werden.

Weitere Informationen:  
[www.fachkraeftesichern.de](http://www.fachkraeftesichern.de)

## Adressaufkleber

## Der Personalkompass

Der Personalkompass des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) informiert Geschäftsführer und Personalleiter von kleinen und mittleren Unternehmen, wie sie sich angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels als attraktive Arbeitgeber positionieren können. Der Leitfaden erklärt zum Beispiel, welche Instrumente die Leistungsfähigkeit und Motivation der Mitarbeiter über alle Altersstufen hinweg sichern helfen. Zudem zeigt der Personalkompass, wie mit einer strategischen Personalpolitik die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden kann.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistent:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.  
Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: [www.pressemonitor.de](http://www.pressemonitor.de)

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.